

Vertrag
über
Lieferung und Pflege
einer Lösung zum Betrieb einer kryptographischen Plattform
zur Zertifikats- und Schlüsselverwaltung
mit Software- und Hardwarekomponenten des Herstellers Entrust

Zwischen der

Techniker Krankenkasse
Bramfelder Straße 140
22305 Hamburg

- im Folgenden "**TK**" -

und

Der AN wird vor Zuschlagserteilung von der TK eingetragen.

- im Folgenden "**AN**" (Auftragnehmer) -

wird unter der Vertragsnummer 20159644 folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Vertragsbestandteile

(1) Die Vertragsbestandteile gelten in der folgenden Reihenfolge:

- dieser Vertrag
- Interessenteninformation (Anlage V1)
- die Leistungsbeschreibung (Anlage V2) nebst Anlagen
 - IT-Anforderungen (Anlage L1)
- Regelungen zur Auftragsverarbeitung (Anlage V3)

- Anforderungen gemäß DORA-Verordnung_nicht kritisch (Anlage V4)
- Angebot (Anlage V5) nebst Anlagen
 - Preisblatt (Anlage A1)
 - Sicherheitshandbuch (Anlage A2)
- EVB-IT AGB (Anlage V6):
 - EVB-IT Kauf-AGB, Fassung vom 01.03.2026
 - EVB-IT Überlassung-AGB Überlassung Typ B, Fassung vom 01.03.2026
 - EVB-IT Pflege S-AGB, Fassung vom 01.03.2026
 - EVB-IT Instandhaltung-AGB, Fassung vom 01.03.2026
 - EVB-IT Dienstleistungs-AGB, Fassung vom 01.03.2026
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.

(2) Die EVB-IT AGB stehen unter evb-it.gov.de zur Einsichtnahme bereit. Die VOL/B wurde im Bundesanzeiger AT Nr. 178a vom 23. September 2003 veröffentlicht. Weitere Bedingungen des AN, insbesondere Allgemeine Geschäftsbedingungen, werden ausdrücklich ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere auch für Abweichungen oder Widersprüche, die in den vom AN eingereichten Unterlagen bestehen.

(3) Die im eingereichten Sicherheitshandbuch beschriebenen Abläufe und Maßnahmen nach der DSGVO sind über die gesamte Vertragslaufzeit einzuhalten. Es ist insbesondere im Hinblick auf sich verändernde Umstände und sich nach dem Stand der Technik ändernde Erkenntnisse kontinuierlich - ohne qualitative Abstriche - fortzuschreiben und der TK zur Verfügung zu stellen. In diesem Falle ersetzt das neue Sicherheitshandbuch das bisherige und wird als neue Anlage A4 Vertragsbestandteil.

§ 2 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand dieses Vertrags ist die Lieferung einer Lösung zum Betrieb einer kryptographischen Plattform, im Folgenden „Lösung“. Die Lösung besteht aus den im Preisblatt (Anlage A1) aufgeführten Hardware- und Softwarekomponenten des Herstellers Entrust. Die TK kauft die Hardware (HSM, Pos. 1 bis 8 im Preisblatt) nebst der zugehörigen Software und Lizenzerweiterung (Positionen 9 bis 11 im Preisblatt) und mietet die Software CSP (Pos. 17 bis 44 im Preisblatt). Der AN liefert die im Preisblatt aufgeführten Komponenten, nimmt die Lösung in Betrieb, überlässt die Software im Wege der Softwaremiete und erbringt Softwarepflege für die CSP-Software sowie Instandhaltung für sämtliche Hardwarekomponenten und zugehörige Software.

(2) Die TK ist berechtigt, den Vertrag durch Geltendmachung von Optionen gem. § 14 um zusätzliche Komponenten zu erweitern, deren Bedarf sich während des Betriebs der Lösung bei der TK ergibt.

(3) Bei den vertraglichen Leistungen handelt es sich um IKT-Dienstleistungen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2554 (DORA), da diese Leistungen auch zugunsten der TK Pensionsfonds AG erbracht werden. Für diesen Vertrag gelten daher ergänzend die „Anforderungen gemäß DORA-Verordnung“ aus der Anlage V4.

§ 3 Laufzeiten

(1) Der Vertrag beginnt mit Zuschlagserteilung. Mit Zuschlagserteilung beginnt die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft.

(2) Die mietrechtliche Überlassung der Standardsoftware und die Softwarepflege (zusammen auch „Subscription“ genannt), beginnen zum 01.12.2026.

(3) Die Instandhaltung für die Hardware beginnt zum auf die Lieferung der Hardware folgenden Monatsersten. Dies gilt auch für die nachträgliche Erweiterung der Lösung um die zusätzliche Komponente gem. § 14.

(4) Die in Absatz 3 beschriebene Instandhaltung je Komponente hat eine Laufzeit von jeweils 12 Monaten und kann von jeder Vertragspartei je Komponente mit einer Frist von 3 Monaten ordentlich zum Ende der Laufzeit gekündigt werden (Teilkündigungsrecht). Erfolgt keine Kündigung, verlängert sich die Laufzeit jeweils um weitere 12 Monate.

(5) Der Vertrag hat eine Mindestlaufzeit von 24 Monaten. Der Vertrag kann von jeder Vertragspartei erstmals mit einer Frist von sechs Monaten zum Ablauf der Mindestvertragslaufzeit gekündigt werden. Danach kann der Vertrag von jeder Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalendermonats ordentlich gekündigt werden.

(6) Wird er nicht gekündigt oder anderweitig vorzeitig beendet, endet der Vertrag zum Ablauf des 30.11.2030. Mit Ablauf des 30.11.2030 endet auch die Instandhaltung. Nachträgliche optionale Erweiterungen der Instandhaltung laufen zum auf den 30.11.2030 folgenden Ende der initialen Laufzeit aus.

(7) Im Falle einer ordentlichen Kündigung verlängert sich die Instandhaltung je Komponente ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung nicht mehr, sondern läuft zum Ende ihrer 12-monatigen Laufzeit automatisch aus, ohne dass es einer separaten Kündigung bedarf.

(8) Das Recht auf außerordentliche Kündigung bleibt unberührt.

§ 4 Zusammenarbeit und Leistungsort

(1) Zum Leistungsbeginn benennt jede Vertragspartei einen vertraglichen Ansprechpartner („zentraler Ansprechpartner“ gem. LB) und mindestens einen Vertreter, die jeweils zur Abgabe und Entgegennahme rechtsverbindlicher Erklärungen ermächtigt sind, so dass während der üblichen Geschäftszeiten ein entscheidungsbefugter Ansprechpartner erreichbar ist. Sämtliche Gespräche und sämtlicher Schriftverkehr zwischen den Vertragspartnern sind auf Deutsch zu führen.

(2) Die TK wird Wünsche wegen der zu erbringenden Leistung ausschließlich dem vom AN benannten Ansprechpartner übermitteln und den übrigen vom AN eingesetzten Personen keine Weisungen erteilen.

§ 5 Mitwirkung der TK

(1) Die TK stellt dem AN sämtliche für die Vertragsdurchführung seitens des AN erforderlichen Informationen zur Verfügung. Bei Fragen wendet sich der AN an die ihm benannten Ansprechpartner. Werden Leistungen am Sitz der TK erbracht, stellt die TK alle erforderlichen Arbeitsmaterialien und Arbeitsplätze für vor-Ort-Tätigkeiten zur Verfügung.

(2) In technischer Hinsicht stellt die TK dem AN die für die Vertragsdurchführung des AN notwendigen Mitwirkungen bereit, z.B. in Form von Konfigurationsanpassungen auf Systemen unter der administrativen Hoheit der TK. Die TK stellt auch die erforderlichen personellen Ressourcen für die Durchführung der Leistungen zur Verfügung, z.B. IT-Fachkräfte, die die Konfigurationsanpassungen begleiten.

§ 6 Einsatz und Austausch von Personen

(1) Der AN ist verpflichtet, nur fachkundige und zuverlässige Personen einzusetzen, deren Qualifikationen und Erfahrungen mindestens den in Ziffer 7.1 der Leistungsbeschreibung jeweils genannten Anforderungen entsprechen. Der AN wird einen Austausch von Personen auf ein Mindestmaß beschränken. Die TK hat das Recht, jederzeit vom AN einen Nachweis über die Erfüllung dieser Anforderungen durch den für einen Einsatz vorgesehenen oder bereits eingesetzten Mitarbeiter zu verlangen, indem der AN entsprechende Unterlagen (insb. Mitarbeiterprofil) vorlegt. Werden die Anforderungen nicht erfüllt, hat die TK das Recht, vom AN zu verlangen, dass dieser eine andere Person für die Leistungserbringung zur Verfügung stellt, die den Anforderungen voll entspricht.

(2) Die TK kann den Austausch einer vom AN eingesetzten Person bei Vorliegen eines wichtigen Grundes verlangen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die TK den Einsatz aus leistungs-, personen- oder verhaltensbedingten Gründen ablehnt. Die Gründe müssen nachvollziehbar, sachbezogen und willkürfrei dargelegt und im Streitfall durch Dokumente oder Aussagen von TK Mitarbeiter belegbar sein.

(3) Bei einem Austausch gelten bezüglich der Ersatzperson die Rechte und Pflichten aus Absatz 1 entsprechend.

§ 7 Inbetriebnahme

(1) Der AN nimmt die Software wie in Ziffer 7.2 der LB in Betrieb. Zur Inbetriebnahme erfolgt auch der Transfer der Lizenzen als Service des Herstellers (siehe Pos. 12 im Preisblatt, per client licence transfer fee PE).

(2) Im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme führt der AN ein Assessment sowie eine Schulung durch. Näheres ergibt sich aus Ziffer 7.2 der LB.

§ 8 Abnahme

(1) Nach Abschluss sämtlicher Leistungen der Inbetriebnahme erklärt der AN in Textform die Abnahmebereitschaft und leitet das Abnahmeprozedere ein. Die TK prüft die Abnahmefähigkeit innerhalb einer angemessenen Abnahmefrist. Treffen die Parteien keine abweichende Regelung, gilt bezüglich des einzelnen Bausteins eine Frist von 10 (zehn) Werktagen als vereinbart und angemessen. Sind die Ergebnisse mit wesentlichen Mängeln behaftet, darf die TK die Abnahme verweigern.

(2) Der AN muss die festgestellten Mängel beseitigen. Sind die Ergebnisse -ggf. nach Mängelbeseitigung- nicht (mehr) mit wesentlichen Mängeln behaftet, erklärt die TK schriftlich oder in Textform die Abnahme gegenüber dem AN. Eine stillschweigende Abnahme durch schlüssiges Verhalten ist ausgeschlossen. § 640 Abs. 2 BGB bleibt unberührt.

§ 9 Kauf und Lieferung der Hardware

(1) Mit Zuschlagserteilung verkauft der AN der TK die im Preisblatt (Anlage A1) bezeichneten Hardware-Komponenten einschließlich vorinstallierter Software, Lizenzerweiterung sowie miterworbenes Zubehör (Anschlusstechnik, z.B. Transceiver).

(2) Die Vorgaben zur Lieferung der Hardware sind in Ziffer 6 der LB geregelt.

§ 10 Überlassung von Standardsoftware

(1) Der AN überlässt der TK während der in § 3 vereinbarten Laufzeit die im Preisblatt aufgeführte Standardsoftware in dem im Preisblattes (Anlage A1) aufgeführten Umfang im Wege der Software-miete zum Betrieb der in der LB beschriebenen Krypto-Plattform zur Zertifikats- und Schlüsselverwaltung. Die Standardsoftware erfüllt die in der LB sowie in dessen Anlage L (IT-Vorgaben) dargestellten und vereinbarten Anforderungen.

(2) Der AN übernimmt die Gewähr, dass die einzelnen Softwarekomponenten nicht mit Mängeln behaftet sind, die die Tauglichkeit zu dem vertragsgemäßen Gebrauch aufheben oder mindern. Eine unerhebliche Minderung der Tauglichkeit ist unbeachtlich.

(3) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber eine Software Bill of Materials (SBOM)* gemäß BSI TR-03183-2 für die nach diesem Vertrag überlassene Standardsoftware zur Verfügung. Das Format für die SBOM wird unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben sowie der Empfehlungen der Technischen Richtlinie BSI TR-03183 zwischen den Vertragsparteien vereinbart.

§ 11 Instandhaltung HSM

(1) Der AN wird mit der Instandhaltung der gelieferten HSM (Hardware und hardwarebezogener Software, Pos. 1 bis 11 im Preisblatt) beauftragt. Die Durchführung der Leistungen erfolgt durch den Hersteller der Hardware als dessen Unterauftragnehmer und die Hardware ist mit der erforderlichen entsprechenden Supporterweiterung (Premium, siehe Preisblatt, Anlage A1) zu liefern. Der AN ermöglicht der TK direkten Zugriff auf das Webportal des Herstellers. Die Instandhaltung umfasst mindestens die im Folgenden beschriebenen Leistungen. Ergänzend gelten die EVB-IT Instandhaltungs-AGB.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Störungen zu beseitigen. Die Störungsmeldung erfolgt gem. § 13. Eine Störung liegt vor, wenn die Eignung der HSM oder der Instandhaltungsleistung zur vereinbarten, bzw. soweit eine solche Vereinbarung fehlt, zur vorausgesetzten oder sonst zur gewöhnlichen Verwendung, beeinträchtigt ist. Dies gilt unabhängig von einem Vertretenmüssen und unabhängig davon, ob diese Abweichung bereits bei Abschluss des Vertrages vorlag oder nicht.

(3) Reaktionszeit bezeichnet den Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer mit den Störungsbehebungsarbeiten zu beginnen hat. Die Frist für die Reaktions- und Wiederherstellungszeiten beginnt mit dem Zugang der Störungsmeldung und läuft ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten. Erfolgt die Störungsmeldung außerhalb der Servicezeiten, beginnt der Zeitraum mit Beginn der nächsten Servicezeit. Die Servicezeiten sind Montag bis Freitag jeweils von 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr, ausgenommen bundeseinheitliche Feiertage sowie Heiligabend und Silvester.

Es werden folgende Service- und Reaktions- und Wiederherstellungszeiten vereinbart:

| Störungsklasse | Servicezeiten | Reaktionszeit | Wiederherstellungszeit |
|-------------------------------|--|---------------|------------------------|
| Betriebsverhindernde Störung* | Montag bis Freitag 08:00 bis 17:00 Uhr, außer an bundes- | 4 Stunden | 24 Stunden |
| Betriebsbehindernde | | 4 Stunden | 5 Werktage |

| Störung | einheitlichen Feiertagen | | (Mo-Fr) |
|-----------------|--------------------------|-----------|--------------------|
| Leichte Störung | | 4 Stunden | 5 Werktage (Mo-Fr) |

**Eine betriebsverhindernde Störung liegt vor, wenn die Nutzung der Krypto-Plattform unmöglich oder schwerwiegend eingeschränkt ist.*

**Eine betriebsbehindernde Störung liegt vor, wenn die Nutzung der Krypto-Plattform erheblich eingeschränkt ist.*

**Eine leichte Störung liegt vor, wenn die Nutzung der Krypto-Plattform ohne oder mit unwesentlichen Einschränkungen möglich ist.*

(4) Zur Beseitigung der Störung gelieferte Ersatzhardware und Ersatzgegenstände inklusive Zubehör werden nicht gesondert vergütet. Die TK übernimmt den Ausbau der defekten Hardware sowie den Einbau und Anschluss der Ersatzhardware bzw. des Ersatzgegenstands. Die TK sendet defekte Hardware (sofern vom Hersteller gefordert) unverzüglich zurück. Ergänzend gilt die Regelung gem. Ziffer 2.3 der EVB-IT Instandhaltungs-AGB.

(5) Sendet die TK Hardware zurück, werden zuvor sämtliche verwendete Datenträger (Festplatten und Flashspeicher) von der TK ausgebaut und vernichtet. Sofern ein Ausbau der Datenträger nicht möglich ist, wird die Hardware Komponente von der TK vernichtet. Die Weitergabe von Datenträgern (z.B. im Rahmen einer Instandhaltungs- / Garantieabwicklung) an Hersteller oder sonstige Dritte ist nicht erlaubt. Die Hardware ist mit der ggf. erforderlichen entsprechenden Supporterweiterung (Premium, siehe Preisblatt, Anlage A1) zu liefern.

§ 12 Pflege von Standardsoftware

(1) Der AN wird mit der Pflege der überlassenen Standardsoftware CSP beauftragt. Die Softwarekomponenten sind kontinuierlich in betriebsbereitem Zustand zu erhalten. Die Softwarepflege umfasst alle hierfür erforderlichen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Die Durchführung der Leistungen erfolgt durch den Hersteller der Standardsoftware als dessen Unterauftragnehmer und ist Bestandteil der „Subscription“. Der AN ermöglicht der TK direkten Zugriff auf die Softwarepflegeleistungen des Herstellers via dessen Webportal. Die Softwarepflege umfasst mindestens die folgenden Leistungen. Ergänzend gelten die EVB-IT Pflege S-AGB.

(2) Der TK sind unverzüglich alle neuen Programmstände zu überlassen, sobald der Programmstand verfügbar ist. Zu neuen Programmständen zählen Patches, Updates, Upgrades und neue Versionen und Releases, inkl. Major Releases. Im übrigen gilt Ziffer 2.1 der EVB-IT Pflege S-AGB.

(3) Der AN aktualisiert die von ihm gemäß § 10 Abs. 3 bereitgestellte Software Bill of Materials (SBOM) für alle neuen Programmstände, die er der TK nach diesem Vertrag zur Verfügung stellen muss, sofern sich aus den neuen Programmständen Änderungen an der Software Bill of Materials (SBOM)* ergeben.

(4) Störungen der Standardsoftware sind zu beseitigen. Die Störungsmeldung erfolgt gem. § 13. Alle nötigen Maßnahmen (insbesondere Bereitstellung eines die Störung beseitigenden Programmstands) sind umgehend zu ergreifen. Eine Störung liegt vor, wenn die Eignung der Anwendung zur vereinbarten, bzw. soweit eine solche Vereinbarung fehlt, zur vorausgesetzten oder sonst zur gewöhnlichen Verwendung, beeinträchtigt ist. Dies gilt unabhängig von einem Vertretenmüssen und unabhängig davon, ob

diese Abweichung bereits bei Abschluss des Vertrages vorlag oder nicht.

(5) Reaktionszeit bezeichnet den Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer mit den Störungshebungsarbeiten zu beginnen hat. Die Frist für die Reaktions- und Wiederherstellungszeiten beginnt mit dem Zugang der Störungsmeldung und läuft ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten. Erfolgt die Störungsmeldung außerhalb der Servicezeiten, beginnt der Zeitraum mit Beginn der nächsten Servicezeit. Die Servicezeiten sind Montag bis Freitag jeweils von 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr, ausgenommen bundeseinheitliche Feiertage sowie Heiligabend und Silvester.

Es werden folgende Service- und Reaktions- und Wiederherstellungszeiten vereinbart :

| Störungsklasse | Servicezeiten | Reaktionszeit | Wiederherstellungszeit |
|-------------------------------|----------------------|---------------|------------------------|
| Betriebsverhindernde Störung* | Durchgehend 24/7/365 | 4 Stunden | 24 Stunden |
| Betriebsbehindernde Störung | | 4 Stunden | 5 Werktage (Mo-Fr) |
| Leichte Störung | | 4 Stunden | 5 Werktage (Mo-Fr) |

**Eine betriebsverhindernde Störung liegt vor, wenn die Nutzung der Krypto-Plattform unmöglich oder schwerwiegend eingeschränkt ist.*

**Eine betriebsbehindernde Störung liegt vor, wenn die Nutzung der Krypto-Plattform erheblich eingeschränkt ist.*

**Eine leichte Störung liegt vor, wenn die Nutzung der Krypto-Plattform ohne oder mit unwesentlichen Einschränkungen möglich ist.*

§ 13 Meldung von Hardware- und Software-Störungen

(1) Es besteht für die TK die Möglichkeit, Störungen sowie sonstige Meldungen und Anfragen sowohl per Telefon, per E-Mail als auch per Ticketsystem zu melden. Die Kontaktdaten und Details stimmen die Vertragsparteien nach Vertragsschluss miteinander ab. Die Kommunikation in der Störungsbearbeitung (Meldung, Annahme, Dokumentation, Bearbeitung der Störung usw.) erfolgt entweder in deutscher oder englischer Sprache.

§ 14 Nutzungsrechte

(1) Der AN räumt der TK an der Standardsoftware Nutzungsrechte nach Ziffer 3 der EVB-IT Überlassung Typ B ein, jedoch mit folgenden Ergänzungen und Abweichungen:

- Die TK ist nicht berechtigt, die Lösung ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen.
- Die TK ist nur berechtigt, die Lösung für ihre eigenen Geschäftszwecke und Geschäftsvorfälle sowie für Geschäftszwecke und Geschäftsvorfälle ihrer Tochtergesellschaften zu nutzen und durch Dritte (extern Beauftragte) nutzen zu lassen.

- Die TK ist berechtigt, auch Mitarbeiter von Tochtergesellschaften der TK als Benutzer zu benennen bzw. die Software von Mitarbeitern der Tochtergesellschaften mitbenutzen zu lassen.

- Aus den Angaben in den Spalten „Bezeichnung“ und „Einheit“ im Preisblatt (Anlage A1) ergeben sich je Softwaremodul die initialen Nutzungsbeschränkungen. Die TK ist entsprechend berechtigt, bis zu x Einheiten (respektive Zertifikate/Datenbanken/Schlüssel) zu verwalten bzw. die Software auf/für x Server/Clients/Tenants zu nutzen. Im Falle einer Lizenzenerweiterung erhöht sich der Nutzungsumfang auf die entsprechend erhöhte Anzahl von Einheiten.

(2) Entstehen bei der Erbringung von Leistungen auf Abruf vom AN erstellte unkörperliche oder auf Datenträgern verkörperte Werke, insbesondere Computerprogramme / Software (einschließlich Computerprogrammteile und Computercodes, Programm-Module, eingesetzte Tools, Patches, Bugfixes, etc. und dazugehörige Dokumentationen), interaktive Webseiten, Konzepte und/oder im Rahmen von Customizing von Software erstellte Arbeitsergebnisse (einschließlich Protokolle und sonstige damit im Zusammenhang stehende Materialien, Datenbankwerke und Datenbanken), gilt:

(3) Der AN räumt der TK an diesen Werken/Arbeitsergebnisse das nicht ausschließliche, örtlich unbeschränkte, in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbarer, nur auf Tochtergesellschaften der TK übertragbarer, dauerhafter, unwiderruflicher und unkündbarer Recht ein, die Werke im Original oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form

- zu nutzen, das heißt insbesondere, sie dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen, auch soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden,
- abzuändern, zu übersetzen, zu bearbeiten oder auf anderem Wege umzugestalten,
- für nichtgewerbliche Zwecke auf einem beliebigen bekannten Medium oder in anderer Weise zu speichern, zu vervielfältigen
- in Datenbanken, Datennetzen und Online-Diensten einzusetzen, einschließlich des Rechts, die Werke den Nutzern der vorgenannten Datenbanken, Netze und Online-Dienste zur Recherche und zum Abruf mittels von der TK gewählter Tools bzw. zum nicht gewerblichen Herunterladen zur Verfügung zu stellen,
- durch Dritte nutzen oder für die TK betreiben zu lassen, nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen, zu verbreiten, soweit dies nicht gewerblich geschieht.

(4) Im Übrigen gelten für alle Arbeitsergebnisse, für die Integration von vorbestehenden Werken und für den Einsatz von Werkzeugen die Ziffern 3.4 bis 3.6 der "Ergänzenden Vertragsbedingungen für IT-Dienstleistungen - EVB-IT Dienstleistungs-AGB - in der Fassung vom 01.03.2026. Die EVB-IT Dienstleistungs-AGB stehen unter evb-it.gov.de zur Einsichtnahme bereit.

(5) Die in den Lizenzbedingungen des Herstellers der Standardsoftware geregelten Nutzungsrechtsregelungen zu den eingeräumten Nutzungsrechten an der Standardsoftware gelten vorrangig vor den Regelungen dieses § 14 Abs. 1 und Abs. 4, jedoch nur, soweit sie allen anderen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken und soweit der Vertragszweck nicht gefährdet wird. **Alle übrigen allgemeinen Geschäftsbedingungen des Herstellers, insbesondere aus dem End User License Agreement oder anderen Lizenzbedingungen, sind nicht anwendbar.**

§ 15 Optionale Leistungen

(1) Bei Bedarf bestellt die TK die Lieferung von weiteren Hardware-Komponenten nebst zugehöriger Instandhaltung. Bei Bedarf ist die TK berechtigt, ihre Lizenz je Softwaremodul zu erweitern wie in den Spalten „optionale Erweiterung“ im Preisblatt dargestellt. Die Anzahl in der Spalte „zusätzliche

Menge/Stück für die maximale Vertragslaufzeit“ gibt den Umfang der maximalen zusätzlichen Erweiterung an. Für Beginn und Dauer der Instandhaltung gilt § 3 des Vertrags entsprechend.

(2) Bei Bedarf ist die TK berechtigt, ihre Lizenz je Softwaremodul zu erweitern wie in den Spalten „optionale Erweiterung“ im Preisblatt dargestellt. Die Anzahl in der Spalte „zusätzliche Menge/Stück für die maximale Vertragslaufzeit“ gibt den Umfang der maximalen zusätzlichen Erweiterung an. So ist es zum Beispiel möglich, über die Lizenz aus Pos. 27, Entrust CSP Add-On TDE Database Keys Subscription initial 150 Datenbanken zu verwalten. Optional können weitere 350 zu verwaltende Datenbanken hinzu gebucht werden, also bis zu einer absoluten Gesamtanzahl von 500 zu verwaltenden Datenbanken.

§ 16 Weitere Leistungen auf Abruf

(1) Bei Bedarf der TK erbringt der AN auf Abruf weitere Leistungen in Zusammenhang mit dem produktiven Betrieb der Lösung, siehe auch Ziffer 7 der LB. Diese Leistungen können Beratungsleistungen und sonstige Dienstleistungen (z.B. Unterstützung bei der Installation neuer Programmstände, Unterstützung bei Störungsfällen, Durchführung von Health Checks) beinhalten.

(2) Der Einzelabruf enthält mindestens eine Beschreibung der zu erbringenden Leistungen, den Leistungszeitraum (ggf. mit einem verbindlichen Leistungsbeginn und verbindlichen Erfüllungstermin), den geschätzten Aufwand und das/die Qualifikationsprofile der einzusetzenden Person. Der Einzelabruf erfolgt so rechtzeitig, dass dem AN eine angemessene Vorlaufzeit bis zum Beginn der Leistungserbringung zur Verfügung steht.

(3) Die oben genannten Inhalte des Abrufs werden in Abstimmung zwischen TK und AN spezifiziert und die Abstimmungsergebnisse werden in Textform festgehalten. Der Auftrag ist erteilt, wenn die TK die Abstimmungsergebnisse freigibt, die somit Bestandteil des Abrufs werden. Für die Durchführung der Leistungen sind darüber hinaus die Vorgaben aus der LB einzuhalten.

(4) Der Leistungsort ist remote. Die im Einzelabruf vereinbarten Termine, insbesondere der Erfüllungstermin, sind einzuhalten. Eine Verlängerung erfolgt nur nach ausdrücklicher Zustimmung der TK.

(4) Für die Auslegung und Durchführung der Einzelauftrag gilt dieser Vertrag, auch wenn im Einzelauftrag nicht auf diesen Vertrag Bezug genommen wird. Enthält eine Einzelbeauftragung vom Vertrag ausdrücklich abweichende Bestimmungen, hat der Einzelauftrag Vorrang.

§ 17 Wechsel der Hardware-Produkte

(1) Der AN gewährleistet, dass die vertraglich gemäß Preisblatt vereinbarten Hardware-Komponenten über die gesamte Vertragslaufzeit lieferbar sind. Ist eine im Preisblatt vereinbarte Hardwarekomponente oder eine Zubehör-Komponente (im folgenden „Hardware-Produkte“) zukünftig nicht mehr lieferbar, gilt: Der AN darf anstelle des vereinbarten Hardware-Produkts nur nach Zustimmung der TK ein funktionsgleiches Ersatzprodukt desselben Herstellers liefern. Die TK wird zustimmen, wenn das vereinbarte Hardware-Produkt nicht mehr lieferbar ist, das Ersatzprodukt in Funktionalität und Leistungsmerkmalen mindestens dem vertraglich vereinbarten Hardware-Produkt entspricht, insbesondere hinsichtlich Kompatibilität, Performance, Leistungsstärke und Qualität (Funktionsgleichheit) und diese Voraussetzungen gemäß Absatz 2 nachgewiesen sind.

(2) Der Nachweis erfolgt durch Vorlage geeigneter Dokumente (z.B. Produktdatenblätter, Messprotokolle).

(3) Bei Austausch von Hardware-Produkten nach den Regelungen dieses Paragraphen gelten die im Preisblatt vereinbarten Preise auch für die Ersatzprodukte. Ein Anspruch auf Anpassung der Vergütung besteht nicht.

§ 18 Vergütung

(1) Der AN erhält für seine Leistungen die im Preisblatt (Anlage A 1) angegebenen Vergütungen.

(2) Die Vergütung für die Hardware nebst Zubehör erfolgt nach vollständiger Lieferung sämtlicher Hardware.

(3) Der AN erhält für die Leistungen der Inbetriebnahme den im Preisblatt (Anlage A1) vereinbarten Festpreis. Die Vergütung wird nach Abnahme gem. § 8 fällig.

(4) Der AN erhält für die mietweise Überlassung der Software, die Softwarepflege und die Instandhaltung der Hardware die im Preisblatt (Anlage A 1) in den verschiedenen Preispositionen vereinbarten monatlichen Pauschalvergütungen. Die Vergütung für diese Leistungen beginnt jeweils mit Beginn der Leistungserbringung gem. § 3. Dies gilt auch im Falle von nachträglichen Erweiterungen.

(5) Die Vergütung für die Leistungen gem. Absatz 4 wird anteilig vierteljährlich jeweils zum 15. des 2. Monats im Kalenderquartal zur Zahlung fällig. Fällt der Beginn der Instandhaltung der Hardware nicht auf den Beginn eines Kalenderquartals, wird die Vergütung für das erste Kalenderquartal entsprechend anteilig vergütet. Absatz 5 gilt auch im Falle von nachträglichen Erweiterungen.

(6) Weitere Dienstleistungen auf Abruf werden nach vollständig erbrachter Leistung fällig. Die Vergütung erfolgt nach tatsächlichem Für Vergütung nach Aufwand gilt:

- a) Die im Abruf angegebene Anzahl von Stunden ist - soweit im Abruf vereinbart - als zwingend einzuhaltende Obergrenze zu verstehen. Eine hierüber hinaus gehende Tätigkeit wird nur vergütet soweit separat beauftragt.
- b) Angefangene Stunden werden anteilig mit einer kleinsten Einheit von voll geleisteten 0,25 Stunden vergütet und berechnet.

(7) Bei Leistungen nach Aufwand ist der AN berechtigt, zusätzlich zu den vereinbarten Stunden einen Aufschlag in Höhe von 50% für die Samstags zwischen 06:00 und 22:00 erbrachten Leistungen zu erheben, wenn die TK die Erbringung der Leistung explizit am Samstag beauftragt hat.

(8) Weitere im Vertrag nebst Anlagen aufgeführte Nebenleistungen, für die weder im Preisblatt noch im Einzelauftrag eine separate Vergütung ausgewiesen ist, sind mit den vereinbarten Tagessätzen abgegolten.

(9) Mit der Vergütung gemäß Absatz 1 sind alle Leistungen sowie alle Nebenkosten, Auslagen und Aufwendungen gleich aus welchem Rechtsgrund abgegolten, auch soweit ihnen im Preisblatt keine gesonderte Preisposition zugeordnet ist, oder sie nicht regelmäßig oder nur auf Verlangen der TK erbracht werden. Abgegolten sind insbesondere Kosten für die Einarbeitung/Schulung, Reisekosten und -zeiten, Jours fixes und Besprechungen, Kosten für Überstunden und Leistungszuschläge sowie Porto- und Telekommunikationskosten.

(11) Der Anspruch auf Vergütung wird nicht fällig vor Zugang einer prüffähigen, den gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen genügenden Rechnung.

§ 19 Abrechnung

- (1) Die Rechnungsstellung erfolgt jeweils nach Fälligkeit der einzelnen Leistungen.
- (2) Die Rechnungsstellung für alle Dienstleistungen erfolgt auf Basis von aussagekräftigen Leistungsnachweisen.
- (3) Vor dem Hintergrund der E-Rechnungsverordnung sind Rechnungen auf elektronischem Wege zu stellen.

Die Rechnungen sind als XRechnungen über die OZG-RE über folgenden Link an die TK einzureichen: <https://xrechnung-bdr.de/edi/home>.

Zur Rechnungserstellung ist die **Leitweg-ID 992-80116-93** der TK anzugeben. Zudem müssen bei der XRechnung alle Pflichtfelder sowie mindestens die Zusatzfelder

Feld BT-56 "Name": 50100080

Feld BT-12 "Vertragsnummer": 20159644

gefüllt sein. Ggf. weitere Vorgaben zu Zusatzfeldern teilt die TK bei Bedarf dem AN nach Zuschlagerteilung mit (z.B. zu Feld BT-18 "Objektnummer", Feld BT-51 bei geschützten Daten).

Die TK ist berechtigt, die vorstehenden Vorgaben unter Beachtung einer angemessenen Ankündigungsfrist anzupassen.

(4) Die vom AN zu erstellenden Rechnungen müssen prüffähig sein. Die jeweils gültige gesetzliche Umsatzsteuer ist am Schluss der Rechnung in einem Betrag gesondert hinzuzusetzen und der geforderte Rechnungsbetrag, der die Umsatzsteuer einschließt, zu nennen.

(5) Wird eine im Laufe eines Quartals erfolgte Lizenzenerweiterung nicht bereits in der Rechnung für das laufende Quartal berücksichtigt, erfolgt diese Abrechnung rückwirkend erst zusammen mit der folgenden Quartalsrechnung.

(6) Rechnungen sind zahlbar innerhalb von 30 Tagen nach Eingang einer gemäß den vertraglichen und den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Rechnung.

§ 20 Geheimhaltung

(1) Vertrauliche Informationen sind:

- Informationen über den Inhalt dieses Vertrages.
- Geschäftsgeheimnisse; diese beinhalten das gesamte kaufmännische und technische Wissen, das nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich ist und an dessen Nichtverbreitung die jeweilige Vertragspartei ein berechtigtes Interesse hat. Unter dem kaufmännischen Wissen sind alle Daten zu verstehen, die sich auf den Zustand der Vertragsparteien und ihr Marktverhalten beziehen, wie insbesondere finanzielle, wirtschaftliche, rechtliche, wissenschaftliche und steuerliche sowie die Geschäftsstrategien oder Schutzrechte betreffende Informationen (z. B. organisatorische und strukturelle Vorhaben, Kalkulationsunterlagen, Werbe- und Marketingkonzepte). Technisches Wissen sind alle technischen und technologischen Daten (z. B. betriebs- bzw. unternehmensorganisatorische Softwarelösungen).

- Die Mitarbeiter oder den Vorstand/die Geschäftsleitung betreffende unternehmensrelevante Informationen, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung die jeweilige Vertragspartei ein berechtigtes Interesse hat (z.B. geplante interne Versetzungen, Änderungen der Personalstruktur u. Ä.).

(2) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, über die in Absatz 1 genannten vertraulichen Informationen der jeweils anderen Partei Stillschweigen zu wahren, sie - soweit dies erforderlich ist - ausschließlich zum Zwecke dieser Vertragserfüllung zu verwenden und sie Dritten ohne vorherige schriftliche Zustimmung der jeweils anderen Partei nicht zugänglich oder bekannt zu machen.

(3) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

(4) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung entfällt, soweit die Weitergabe der vertraulichen Informationen an beauftragte Unterauftragnehmer zur Durchführung der unterbeauftragten Leistungen zwingend erforderlich ist. Von der Verpflichtung nach Absatz 2 und 3 ausgenommen sind weiterhin Informationen, die

- veröffentlicht und/oder allgemein bekannt werden ohne ein die Geheimhaltungsverpflichtung verletzendes Zutun einer Vertragspartei,
- der jeweiligen Vertragspartei vor Anbahnung des Vertrages im Sinne des § 311 Abs. 2 Nr. 2 BGB bereits bekannt sind oder auf einem anderen Weg als durch den Vertragspartner rechtmäßig bekannt werden,
- aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder vollstreckbarer behördlicher oder gerichtlicher Entscheidungen offengelegt werden müssen oder
- zur sachgerechten Rechtsverfolgung von Rechten und Ansprüchen aus diesem Vertrag Dritten notwendigerweise zugänglich gemacht werden müssen.

(5) Soweit der AN zur Weitergabe von vertraulichen Informationen an Dritte berechtigt ist, stellt er die Fortgeltung dieser Geheimhaltungsregelung sicher.

§ 21 Unteraufträge

(1) Die Übertragung der Ausführung von vertragsgegenständlichen Leistungen oder Teilleistungen des AN auf einen Unterauftragnehmer oder der Austausch bedarf der vorherigen Information und schriftlichen Zustimmung der TK. Der AN hat der TK im Rahmen dieser Information und vor der Erteilung der Zustimmung eine schriftliche Erklärung des Unterauftragnehmers einzureichen, in der dieser bestätigt, dass er die auf ihn übertragenen Leistungen erbringen wird und die hierfür benötigten Kapazitäten/Mittel zur Verfügung stellt. Für die im Angebot des AN benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung der TK als erteilt.

Bloße Zulieferungen oder rein unterstützende Tätigkeiten fallen nicht unter den Begriff des Unterauftrags.

(2) Durch die Aufgabenübertragung auf Dritte dürfen die vertrags- und gesetzeskonforme Vertragsdurchführung, insbesondere der Vertragszweck, die vereinbarten Termine, die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Geheimhaltung nicht gefährdet oder beeinträchtigt werden. Der AN ist verpflichtet, in den Vertrag mit seinem jeweiligen Unterauftragnehmer entsprechende Regelungen aufzunehmen und hat auch im Übrigen sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anforderungen des Satzes 1 sicherzustellen. Der AN stellt u.a. sicher, dass der Einsatz und die Vergütung von Unterauftragnehmern nicht gegen EU-Sanktionen verstoßen.

(3) Die Zustimmungserteilung nach Absatz 1 kann von der Prüfung der Fachkunde, der Leistungsfähigkeit und der Zuverlässigkeit des Unterauftragnehmers anhand der Maßstäbe der Eignungsprüfung im Rahmen der erfolgten Auftragserteilung unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Anforderungen abhängig gemacht werden. Der AN hat für den Unterauftragnehmer hinsichtlich dessen Leistungsanteils die Eignungsnachweise vorzulegen, die seitens der TK auch von ihm selbst gefordert wurden.

Die TK kann eine einmal erteilte Zustimmung widerrufen, falls sich herausstellt, dass die Voraussetzungen für eine Unterbeauftragung nicht (mehr) vorliegen, insbesondere wenn sich herausstellt, dass die Eignung des Unterauftragnehmers wegfällt, das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) die Unterbeauftragung untersagt oder die Unterbeauftragung Störungen im Vertragsverhältnis zwischen AN und TK zur Folge hat.

(4) Die voranstehenden Regelungen gelten entsprechend für jede weitere nachgeordnete Unterbeauftragung. Der AN stellt in diesen Fällen sicher, dass nachgeordnete Unterauftragnehmer entsprechend verpflichtet werden.

§ 22 Einhaltung gesetzlicher Entgeltbestimmungen

(1) Der AN hat die TK unverzüglich schriftlich zu informieren, sobald er Kenntnis davon hat, dass er oder ein im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses eingesetzter Unterauftragnehmer gegen die Bestimmungen des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) oder des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) zur Zahlung des Mindestlohns verstößt oder verstoßen hat oder dass Tatsachen den Verdacht eines solchen Verstoßes begründen.

(2) Die TK ist berechtigt, jederzeit vom AN eine schriftliche Erklärung darüber zu verlangen, dass er der Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nachkommt. Sofern die TK Kenntnis von Umständen erlangt, die den Verdacht eines Verstoßes des AN oder eines im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten Unterauftragnehmers gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes begründen, ist die TK berechtigt, weitere über eine schriftliche Erklärung des AN hinausgehende geeignete Nachweise zu verlangen (nach Wahl der TK z.B. Testat eines Wirtschaftsprüfers, aussagekräftige und nachvollziehbare Entgeltunterlagen). Sollte sich ein ohne Zutun des AN entstandener Verdacht nicht bestätigen, ist der AN berechtigt, für die Beibringung der von der TK geforderten Nachweise entstandene Kosten von der TK erstattet zu verlangen. Der AN stellt sicher, dass er berechtigt ist, entsprechende Nachweise auch von im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses eingesetzten Unterauftragnehmern zu verlangen und an die TK auf deren Verlangen weiterzureichen.

(3) Ein Verstoß des AN gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen kann die TK zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigen. Ein Verstoß eines im Rahmen dieses Vertrages eingesetzten Unterauftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen berechtigt die TK dazu, den sofortigen Austausch des Unterauftragnehmers zu verlangen bzw. die Zustimmung zum Einsatz dieses Unterauftragnehmers mit sofortiger Wirkung zu widerrufen.

(4) Der AN stellt die TK von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge von Verstößen des AN gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes entstehen. Zudem stellt der AN die TK von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die infolge von Verstößen gegen die Bestimmungen des MiLoG oder des AEntG zur Zahlung des Mindestlohnes von für die Durchführung des Vertrages eingesetzten Unterauftragnehmern entstehen.

§ 23 Außerordentliche Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann aus wichtigem Grund den Vertrag nach den gesetzlichen Bestimmungen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich kündigen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragsparteien die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Fristsetzung entbehrlich ist.

Für die TK kann insbesondere dann ein wichtiger Grund vorliegen,

(a) wenn der AN gegen die vertraglichen Regelungen zur Compliance und Antikorruption des Vertrages verstoßen hat oder

(b) wenn EU-Sanktionen die Vertragsdurchführung beeinträchtigen, insbesondere wenn der AN durch den Einsatz oder die Vergütung von Unterauftragnehmern gegen EU-Sanktionen verstoßen hat oder

(c) wenn sich der AN im Zuge der Begründung oder Durchführung des Schuldverhältnisses an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Strafgesetzbuches (StGB) oder des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat. Dies umfasst insbesondere Vereinbarungen mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Angaben) sowie über die Festlegung der Empfehlung von Preisen oder

(d) wenn der AN nachweislich eine seine Zuverlässigkeit in Frage stellende schwere Verfehlung begangen hat, die nach den maßgeblichen vergaberechtlichen Bestimmungen seinen Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigt. Eine schwere Verfehlung ist insbesondere die Gewährung von Vorteilen im Sinne der §§ 333, 334 StGB oder

(e) wenn die TK Kenntnis davon erlangt, dass der AN im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben hat oder

(f) wenn der AN die Regelungen zur Einhaltung gesetzlichen Entgeltbestimmungen verletzt hat oder

(g) wenn die TK eine Weisung des Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) oder eine gerichtliche oder behördliche Verfügung erhält, die der TK die Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen nicht länger erlaubt. Der AN verzichtet auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen die TK wegen etwaiger durch eine solche Kündigung eintretender Schäden, es sei denn, die Untersagung beruht auf einem pflichtwidrigen Verhalten der TK.

(2) Die sonstigen gesetzlichen Rechte und Ansprüche bleiben unberührt.

(3) Die außerordentliche Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 24 Compliance und Antikorruption

Der AN ist verpflichtet, zusätzlich zu den bereits im Vertrag aufgeführten Bestimmungen die jeweils für ihn maßgeblichen und im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis stehenden gesetzlichen Rege-

lungen einzuhalten. Dies betrifft insbesondere Anti-Korruptions- und Geldwäschegesetze, Sanktionsvorschriften, kartell-, wettbewerbsrechtliche und strafrechtliche Vorschriften (insbesondere Betrug, Untreue und Insolvenzstraftaten) sowie arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften.

§ 25 Datenschutz

Bei der Erbringung der Leistung verarbeitet der AN Sozialdaten bzw. personenbezogene Daten im Auftrag der TK. Der AN akzeptiert insoweit die "Regelungen zur Auftragsverarbeitung", die als Anlage Vertragsbestandteil werden.

§ 26 Haftung

- (1) Für alle gesetzlichen und vertraglichen Schadens-, Freistellungs- und Aufwendungsersatzansprüche gelten folgende Regelungen:
- (2) Bei einfach fahrlässigen Pflichtverletzungen der einen Vertragspartei wird die Haftung für den Vertrag insgesamt auf den im Preisblatt angegebenen Brutto-Angebotsvergleichspreis beschränkt.
- (3) Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt sowie bei einem Garantieverprechen.
- (4) Ansprüche aus entgangenem Gewinn sind ausgeschlossen.

§ 27 Versicherung

- (1) Der AN verpflichtet sich, für den Fall der Inanspruchnahme durch die TK oder einen Dritten, eine der Höhe und dem Umfang nach ausreichende Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden - inklusive einer IT-Haftpflichtversicherung - auch für reine Vermögensschäden - in Höhe von 2 Million Euro pro Schadensereignis und Jahr - spätestens zu Beginn der Leistungserbringung - abzuschließen und während der Dauer des Vertragsverhältnisses aufrecht zu erhalten. Die pauschale Mindestdeckungssumme für Personen- und Sachschäden beträgt 5 Mio. Euro pro Schaden und Jahr.
- (2) Sofern sich der AN bei der Ausführung anderer bedient und soweit diese nicht von dem gemäß Abs. 1 vorzuhaltenden Versicherungsschutz mit umfasst sind, hat der AN sicherzustellen, dass diese ebenfalls eine Abs. 1 entsprechende Haftpflichtversicherung abschließen und unterhalten.
- (3) Diese Versicherungen müssen spätestens zu Beginn der jeweiligen Leistungserbringung Gültigkeit haben und sind während der Dauer dieses Vertragsverhältnisses aufrecht zu erhalten.
- (4) Auf Verlangen der TK ist während der Vertragsdauer mindestens eine Versicherungsbestätigung des zuständigen Haftpflichtversicherers mit aktuellem Datum vorzulegen, aus der hervorgeht, dass die Versicherung ungekündigt besteht. Zudem muss diese Bestätigung die für die TK ausgeführte Tätigkeit als auch die vereinbarten Versicherungssummen beinhalten. Bei Bedarf sind weitere Nachweise einzureichen.

(5) Der AN hat der TK sämtliche Änderungen im Versicherungsumfang, die mit den Anforderungen aus den Absätzen 1 bis 4 im Zusammenhang stehen, unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 28 Abwicklung des Vertrages

(1) Der AN verpflichtet sich, nach Beendigung des Vertragsverhältnisses unverzüglich sämtliche mit diesem Vertrag im Zusammenhang stehenden Unterlagen, Materialien und Datenträger sowie von der TK überlassene Dateien in ihrer ursprünglichen und gegebenenfalls durch den AN aktualisierten Form an die TK bzw. an einen von der TK benannten Dritten herauszugeben oder nach Absprache mit der TK zu vernichten bzw. zu löschen. Der AN kann an den genannten Gegenständen kein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

(2) Die Pflicht zur Herausgabe von Unterlagen, Materialien und Datenträger besteht nicht, sofern der AN zu deren Aufbewahrung gesetzlich verpflichtet ist.

§ 29 Sonstige Vereinbarungen

(1) Soweit der Vertrag eine "schriftliche" Zustimmung bzw. Erklärung fordert, ist die Textform (z.B. E-Mail) ausreichend. Gleiches gilt für rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen (z.B. Fristsetzung und Mahnung), es sei denn, die Parteien haben eine strengere Formvorschrift vereinbart. Soweit der Vertrag "Schriftform" fordert, muss eine Erklärung gemäß §§ 126, 126a BGB erfolgen (per Brief mit einer eigenhändigen Unterschrift bzw. unter Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur).

(2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sind nur wirksam, wenn sie in Schriftform oder im elektronischen Vertragsabschlusssystem der TK in Textform getroffen werden. Dies gilt auch für die Änderung oder Aufhebung dieser Klausel. Mit diesem Formerfordernis soll keine Abbedingung des Vorrangs einer - auch mündlichen - Individualvereinbarung einhergehen.

(3) Die Benennung der TK als Referenzkunde ist dem AN nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung gestattet. Die TK kann eine von ihr erteilte Zustimmung jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen.

(4) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Normen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen, und unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

(5) Die Abtretung einer Forderung des AN aus diesem Vertrag ist nur mit Zustimmung der TK rechtswirksam. Der AN hat die Abtretungsanzeige der TK vorzulegen. Die TK teilt dem AN sowie dem vorgesehenen neuen Gläubiger schriftlich ihre Entscheidung mit.

(6) Die Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland sind ausschließlich zuständig für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis. Gerichtsstand in Deutschland ist der Sitz der TK.

Techniker Krankenkasse
Leitung Einkaufsmanagement

Datum, Auftragnehmer